



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2008

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 05.06.2008, 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr (öffentlicher Teil) und 18:00 Uhr bis 18:27 Uhr (nichtöffentlicher Teil), Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	in Vertretung für Herrn Möbius (bis 16:25 Uhr und wieder ab 17:25 Uhr)
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	in Vertretung für Herrn Zimmermann
Frau Monika Möller	SPD	in Vertretung für Herrn Waschek
Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	Vorsitzende in Vertretung für Herrn Klipper ab TOP 9.1 bis 10.1 (16:43 - 17:10 Uhr)
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Frau Barbara Moritz	Grüne	
Herr Horst Thelen	Grüne	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	
Herr Hans-Martin Breninek	pro Köln	
Frau Petra May	Einzelmandatsträgerin	(ab 15:28 Uhr)
Herr Dr. Martin Müser	KBB	

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz
Frau Christina Strunk

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Herr Hermann Gellissen
Frau Maria Kröger

Frau Anne Luise Müller
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Herr Andreas von Wolff

Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Stadtplanungsamt
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Stadtplanungsamt
Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Simone Weber

Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Presse Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Möbius	
Herr Johannes Waschek	SPD
Herr Michael Zimmermann	SPD

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Imme Helbig	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD

Vorsitzender Klipper macht auf die fettgedruckten Ergänzungen bzw. Änderungen zur Tagesordnung aufmerksam.

Beigeordneter Streitberger informiert, dass zu TOP 10.1 inhaltlich noch Gespräche geführt werden, die möglicherweise zu einer Änderung der Vorlage führen könnten, und schlägt vor, diesen Punkt nochmals zu vertagen.

RM Dr. Bürgermeister bittet darum, die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehene Vorlage unter TOP 25.1 im öffentlichen Teil zu beraten, da das öffentliche Interesse an diesem erstmalig praktizierten Verfahren sehr groß sei. Beigeordneter Streitberger erklärt, dass eine Beratung der Vorlage im öffentlichen Teil nicht möglich sei, da die Ausschreibungsbedingungen den Ausschreibungsteilnehmern, aber nicht der breiten Öffentlichkeit, zur Verfügung gestellt werden. Lediglich die planerischen Fragen könnten im öffentlichen Teil besprochen werden. RM Dr. Bürgermeister bittet darum, sicherzustellen, dass z. B. im Wege einer Mitteilung klar gestellt werde, wie dieses neue Verfahren nach den EU-weiten Richtlinien angegangen werde. Dies mit dem Ziel, dass das, was an die Öffentlichkeit transportiert werden könne, auch öffentlich kommuniziert werden kann.

RM Detjen bittet darum, die Mitteilung unter TOP 17.3 in die nächste ordentliche Sitzung zu vertagen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen und Anregungen zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1. Neue Außengastronomie im Rheingarten
Die Beratung aus der letzten Sitzung am 08.05.08, TOP 2.1, wird in dieser Sitzung fortgeführt.

**Außengastronomie im Rheingarten an der Ostseite des Stapelhauses
2445/2008**

Tischvorlage

- 1.2. Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der L 150
Anfrage in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 08.05.2008
zu TOP 5.3
2336/2008

- 1.3. **Braucht Köln einen Masterplan-Masterpläne oder ein Konzept-Konzept?**
**Anfrage der FDP-Fraktion vom 30.08.2007, behandelt in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 06.09.2007 zu TOP 2.1, DS-Nr.: A/0389/2007
2484/2008**
Tischvorlage

2. Schriftliche Anfragen

3. Anträge

- 3.1. Aufstellung eines Bebauungsplanes für einen Bereich an der Aachener Straße in Köln-Weiden
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1082/2008

4. Stadtplanung - Projekte

- 4.1. Regionale 2010
- 4.1.1. *Regionale 2010
Wettbewerb :rhein-"wohnen am strom"
Ergebnisse und weiteres Verfahren
5459/2007*
zurückgezogen

- 4.1.2. Regionale 2010 - Projekt Rheinboulevard
hier: Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke, inklusive der Anpassung der Hochwasserschutzanlagen zwischen Deutzer Brücke und Landeshaus
1509/2008
abschließende Vorberatung für den Rat

5. Allgemeine Vorlagen

- 5.1. Beschluss über das Ergebnis des Klausurtages vom 01.03.2008 bezüglich der MesseCity und städtebauliche Vorgaben für die weitere Bearbeitung und öffentliche Ausschreibung
1182/2008
abschließender Beschluss
Hierzu liegt Anlage 4 als Tischvorlage vor.
- 5.2. Raumordnungsverfahren zum Bau einer Pipeline zwischen den Werken Godorf und Wesseling der Shell Deutschland Oil GmbH
1271/2008
abschließender Beschluss
Die Dringlichkeitsentscheidungen der Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Porz liegen als Tischvorlage vor.
- 5.3. Städtebauliche Vorgaben für den Verkauf des Grundstückes des ehemaligen Herz-Jesu-Stiftes Flittarder Hauptstr. 36 in Köln-Flittard
2502/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Mülheim
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu TOP 5.3 - Städtebauliche Vorgaben für den Verkauf des Grundstückes des ehemaligen Herz-Jesu-Stiftes Flittarder Hauptstr. 36 in Köln-Flittard
AN/1277/2008
6. Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen
7. Änderungen des Flächennutzungsplanes
8. Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen
9. Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen
- 9.1. Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: 1. Änderung Trierer Straße in Köln-Neustadt/Süd
Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1894/2008
vertagter TOP 9.2 aus der Sitzung vom 08.05.2008
Es liegt als Tischvorlage eine Neufassung von Anlage 2 vor!
abschließender Beschluss

- 10. Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Baugesetzbuch)
Arbeitstitel: Erzbischöfliches Berufskolleg Köln Am Krieler Dom in Köln-Lindenthal 5285/2007
vertagt aus der Sitzung vom 08.05.2008
Hierzu liegen Anlagen 7 bis 12 als Tischvorlage vor.
vertagt
- 10.2. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 60533/02
Arbeitstitel: Damianstraße in Köln-Esch/Auweiler
0781/2008
abschließender Beschluss
- 10.3. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 64452/02
Arbeitstitel: Woensamstraße in Köln-Lindenthal
1042/2008
abschließender Beschluss
Hierzu liegen Anlagen 6 und 7 als Tischvorlage vor.
- 10.4. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg
1208/2008
abschließender Beschluss
- 10.5. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Thujaweg in Köln-Volkhoven/Weiler
1718/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Chorweiler
- 10.6. Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67423/02
Arbeitstitel: Alteburger Straße in Köln-Bayenthal
2020/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Rodenkirchen
Hierzu liegt Anlage 3 als Tischvorlage vor.
- 11. Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12. Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1. Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61520/02
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch
1175/2008
abschließende Vorberatung für den Rat

- 12.2. Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 73486/02
Arbeitstitel: Kaspar-Düppes-Straße in Köln-Holweide
1852/2008
abschließende Vorberatung für den Rat

13. Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1. Änderungsbeschluss zur Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6150/02
Arbeitstitel: Gewerbegebietserweiterung westlich Butzweilerhof in Köln-Ossendorf
0220/2008
abschließender Beschluss
- 13.2. Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59440/04 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: 2. Änderung westlich Kronstädter Straße in Köln-Weiden
0958/2008
abschließender Beschluss

14. Aufhebung von Bebauungsplänen

15. Sonstige Satzungen

16. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen;
hier: Prüfauftrag der Bezirksvertretung Chorweiler vom 07.04.2008, TOP 8.3.12, für eine zweireihige Bebauung oder eine gewerbliche Bebauung für einen Vollversorger auf dem Grundstück des ehemaligen Hallenbades in Köln-Worringen
1824/2008
abschließender Beschluss
- 16.2. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen
hier: Antrag der Bezirksvertretung Lindenthal auf Einleitung eines Mediationsverfahrens für das ehemalige RTL-Gelände in Köln-Junkersdorf
2077/2008
abschließender Beschluss
- 16.3. Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Neusser Straße/Friedrich-Karl-Straße/Siegmundstraße und Bergstraße in Köln-Nippes;
Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 17.04.2008, TOP 8.2.4
2203/2008

17. Mitteilungen

- 17.1. "Cosmos Cologne" in Köln-Porz-Lind
Projektentwicklung auf der Bundeswehrliegenschaft "Lager Lind"
1918/2008
- 17.2. Gewerbeflächenbereitstellungskonzept
1874/2008
- 17.3. **Tätigkeitsbericht des Bauaufsichtsamtes 2007**
2252/2008
vertagt

- 17.4. **Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Köln - Chorweiler - S-Bahnstation Chorweiler Nord**
2191/2008
Tischvorlage
- 17.5. **Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora**
hier: **Gestaltung der Haltestelle**
2407/2008
- 17.6. **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59440/04 westlich Kronstädter Straße in Köln - Weiden**
2448/2008
- 18. **Mündliche Anfragen**
- 19. **Gleichstellungsrelevante Themen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20. **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 21. **Schriftliche Anfragen**
 - 22. **Anträge**
 - 23. **Stadtplanung - Projekte**
 - 24. **Gestaltungsbeirat**
 - 25. **Sonstige Vorlagen**
 - 25.1. Verkauf des Grundstückes "Sülzgürtel 47", Kinderheime
1804/2008
abschließende Vorberatung für den Rat
Die Vorlage wurde mit Schreiben vom 16.05.2008 allen Ausschussmitgliedern zugesandt
 - 26. **Mitteilungen**
 - 26.1. **Beantwortung der mündlichen Anfrage von RM Detjen zu TOP 27.1 der Sitzung des STEA vom 10.04.2008 - Ankauf von Wohnungen in Düsseldorf und Köln-Deutz durch ein niederländisches Immobilienunternehmen**
2481/2008
 - 27. **Mündliche Anfragen**
-

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Neue Außengastronomie im Rheingarten

- ohne Vorlage -

Die Beratung aus der letzten Sitzung am 08.05.08, TOP 2.1, wird in dieser Sitzung fortgeführt.

**Außengastronomie im Rheingarten an der Ostseite des Stapelhauses
2445/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.2 Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der L 150 Anfrage in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 08.05.2008 zu TOP 5.3 2336/2008

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.3 Braucht Köln einen Masterplan-Masterpläne oder ein Konzepte-Konzept? Anfrage der FDP-Fraktion vom 30.08.2007, behandelt in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 06.09.2007 zu TOP 2.1, DS-Nr.: A/0389/2007 2484/2008

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anträge

3.1 Aufstellung eines Bebauungsplanes für einen Bereich an der Aachener Straße in Köln-Weiden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1082/2008

RM Moritz begründet den Dringlichkeitsantrag und erklärt dabei, dass dieser Antrag aufgrund neuer Erkenntnisse nochmals geändert worden sei. Die neue Fassung laute wie folgt:

„Die Verwaltung wird gebeten, für den Bereich zwischen der Aachener Straße, Breslauer Straße, Danziger Straße und Brunzlauer Straße in Köln-Weiden einen Bebauungsplan aufzustellen. Ziel soll die Festsetzung einer städtebaulich verträglichen Bebauung in Form einer gemischt genutzten, geschlossenen Straßenrandbebauung an der Aachener Straße unter einer möglichen Einbeziehung von Einzelhandel und gegebenenfalls im Blockinnenbereich eine Wohnbebauung sein.“

Beigeordneter Streitberger nimmt Stellung zu dem vorliegenden Antrag und geht auf das bisherige Baugenehmigungsverfahren ein. Zunächst sei nach Prüfung festgestellt worden, dass nach dem Nahversorgungskonzept der Stadt Köln Einzelhandel an dieser Stelle möglich sei. Der Bauantrag sei in der für Discountermärkte üblichen Form, d. h. vorne Parkplatz und hinten Gebäude, gestellt worden. Dieser Form habe er widersprochen und die Bedingung aufgestellt, das Gebäude nach vorne zu verlegen. Hieraus sei allerdings die Problematik resultiert, dass die dann rückwärtigen Parkplätze direkt an den angrenzenden Gärten gelegen hätten. Auch die geplante Fassade sei sehr unansehnlich gewesen. Aufgrund dessen seien Gespräche mit dem Bauherrn erfolgt, die nunmehr zu einer zufriedenstellenden Lösung geführt haben. Der vorliegende Antrag sei aus diesem Grund sehr unerfreulich gewesen. Hierdurch werde die Verlässlichkeit des Verwaltungshandelns ein Stück weit in Frage gestellt. Der Beigeordnete weist dennoch darauf hin, dass der Beschlusstext eine Eindeutigkeit dahingehend enthalten müsse, dass der Ausschuss die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschließt und nicht darum bittet.

RM Sterck hält den Antrag aufgrund der Ausführungen des Beigeordneten für entbehrlich.

Vorsitzender Klipper betont, dass hier die Vorgaben des Nahversorgungskonzeptes erfüllt seien. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes halte er bei diesem bereits fortgeschrittenen Projekt für nicht richtig.

Da der Verwaltung aufgrund der geführten Verhandlungen eine gewisse Problematik bewusst gewesen sein müsste, fragt RM Dr. Bürgermeister, warum die Verwaltung das Thema nicht früher eingebracht habe. Frau Dr. Bürgermeister stellt heraus, dass die SPD-Fraktion der Auffassung sei, dass bei einer Umwandlung eines Gebietes, wie sie hier gegeben sei, das Interesse von Investoren im Blick behalten werden müsse. Der Antrag stelle den Versuch dar, eine optimale Lösung sowohl für die Bewohner als auch für den Eigentümer zu finden. Der Hinweis des Beigeordneten zum förmlichen Aufstellungsbeschluss werde gerne aufgenommen. Sofern sich tatsächlich die Lösung ergäbe, dass dort ein Penny-Markt o. ä. errichtet werde, sei es sehr wichtig, dass auch die Verkehrsfragen geklärt werden.

RM Detjen fragt an, warum eine vorhabenbezogene Vorlage nur in die Bezirksvertretung und nicht in den Stadtentwicklungsausschuss bzw. in den sogenannten „kleinen StEA“ gegangen sei.

Beigeordneter Streitberger verweist auf die Zuständigkeitsordnung, wonach in diesem Fall die Bezirksvertretung zu beteiligen sei. Bezüglich der von Frau Dr. Bürgermeister angesprochenen Verkehrsfragen führt der Beigeordnete aus, dass die Aachener Straße eine leistungsfähige Straße sei; eine Verkehrsuntersuchung werde deshalb nicht durchgeführt.

Vorsitzender Klipper lässt über den Dringlichkeitsantrag in der geänderten Form abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich zwischen der Aachener Straße, Breslauer Straße, Danziger Straße und Brunzlauer Straße in Köln-Weiden. Ziel soll die Festsetzung einer städtebaulich verträglichen Bebauung in Form einer gemischt genutzten, geschlossenen Straßenrandbebauung an der Aachener Straße unter einer möglichen Einbeziehung von Einzelhandel und gegebenenfalls im Blockinnenbereich eine Wohnbebauung sein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und gegen die FDP-Fraktion beschlossen.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

4.1.1 Regionale 2010

Wettbewerb :rhein-"wohnen am strom"

Ergebnisse und weiteres Verfahren

Vertagter TOP 4.1.1 aus der Sitzung vom 08.05.2008

abschließender Beschluss

zurückgezogen

5459/2007

4.1.2 Regionale 2010 - Projekt Rheinboulevard

hier: Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke, inklusive der Anpassung der Hochwasserschutzanlagen zwischen Deutzer Brücke und Landeshaus

abschließende Vorberatung für den Rat

1509/2008

RM Detjen bittet um Auskunft, welche Kosten bereits entstanden sind. Mit Blick auf die Förderzusagen möchte RM Detjen zudem wissen, ob aufgrund der gestiegenen Kosten möglicherweise ein Abspecken an anderen Projekten erforderlich sei. Außerdem stellt RM Detjen zur Diskussion, ob mit den Mehrkosten i. H. v. 1,2 Mio. € besser andere Projekte gefördert werden sollten.

Beigeordneter Streitberger erklärt hierzu, dass sich die bisher entstandenen (Wettbewerbs-) Kosten auf etwa 200.000 €/250.000 € belaufen. Der Auftrag an den Wettbewerbssieger sei in ähnlicher Höhe erteilt worden. Mit Bezug auf die Förderzusage verweist der Beigeordnete auf ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem Minister Wittke, anlässlich dessen erreicht worden sei, dass die Förderzusage auch für die große Lösung bzw. auch vor dem Hintergrund der Kostensteigerung weiterhin in Höhe von 80 Prozent bestehe. Die steigende Förderzusage des Landes gehe dabei eindeutig nicht zu Lasten dritter Projekte. Sollten bei der weiteren Planung darüberhinaus gehende Mehrkosten entstehen, würde dies nicht zu einer weiteren Budgetbelastung, sondern zu einer Projektreduzierung führen. Beigeordneter Streitberger geht weiterhin auf die große Bedeutung des Projektes im Rahmen der Regionale 2010 ein.

Mit Verweis auf die späteren Reinigungserfordernisse fordert RM Sterck die Verwaltung auf, im Vorfeld und in Absprache mit den AWB eine entsprechende Lösung zu finden. Überdies betont Herr Sterck die Bedeutsamkeit des Projektes.

Vorsitzender Klipper stellt das Vorhaben im Namen der CDU-Fraktion als wesentliches Projekt im rechtsrheinischen Köln heraus.

Beigeordneter Streitberger geht auf eine Nachfrage von RM Dr. Müser ein, ob die in der Begründung für die entstehenden Mehrkosten aufgeführten Aspekte der Verwaltung vorher hätten bekannt sein müssen. Die Planungen zum Hochwasserschutz haben sich, so der Beigeordnete, verändert, da zunächst nur statische und nicht dynamische Belastungen berücksichtigt worden waren. Die Behindertengerechtigkeit sei von dem Entwurfsverfasser zunächst nicht auf dem unteren Niveau vorgesehen worden. Die Annahmen bzgl. der Fundamente des Ufers haben sich nicht bewahrheitet, erklärt Herr Streitberger; entsprechende Sondierungsbohrungen werden jetzt durchgeführt. Die Kostenveranschlagung stütze sich dabei auf den „worst case“.

Seniorenvertreter Baatz begrüßt, dass die Barrierefreiheit in der neuen Planung gewährleistet sei. Er fragt nach, ob sich die Barrierefreiheit nunmehr auf alle Niveaus beziehe. Hierzu erklärt Beigeordneter Streitberger, dass sich die Barrierefreiheit auf das unterste und obere Niveau erstrecke.

RM Dr. Bürgermeister zeigt sich erfreut über das Projekt, welches die Attraktivität des Rechtsrheinischen steigere.

Sachkundiger Einwohner Beste erklärt, dass das Thema Sauberkeit eine Selbstverständlichkeit darstellen müsse. Zum Thema Geländer verweist Herr Beste auf andere Städte, in welchen Treppen ohne Geländer in den Rhein führen. Insgesamt hält Herr Beste das Geld in diesem Projekt für sehr gut angelegt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

- I. Der Rat nimmt die Varianten 1 – 3 des Projektes Rheinboulevard, Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Ausführungsplanung der Variante 1.

Die Finanzierung ist im Rahmen des Haushaltes 2008/2009 und in der Finanzplanung bis 2011 sicherzustellen.

- II. Der Rat beauftragt die Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR, den Hochwasserschutz zwischen Deutzer Brücke und Landeshaus - unter Berücksichtigung der Ergebnisse des städtebaulichen Planungswettbewerbs zum Rheinboulevard - durch die Errichtung einer neuen Hochwasserschutzwand mit aufgesetzten mobilen Elementen und Bohrpfehlgründung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Beschluss über das Ergebnis des Klausurtages vom 01.03.2008 bezüglich der MesseCity und städtebauliche Vorgaben für die weitere Bearbeitung und öffentliche Ausschreibung 1182/2008

RM Dr. Bürgermeister bittet darum, grundsätzlich in den Niederschriften zu den Ausschusssitzungen nicht nur zusammengefasste Antworten des Beigeordneten, sondern auch die einzelnen Fragen der verschiedenen Fraktionen/Mandatsträger zu protokollieren, damit nachfolgende Gremien auch hiervon Kenntnis erlangen.

Vorsitzender Klipper lässt über die Vorlage mit dem Zusatz, dass Barrierefreiheit sicherzustellen ist, abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt als Ergebnis des Klausurtages vom 01.03.2008 bezüglich der MesseCity und als städtebauliche Vorgaben für die weitere Bearbeitung und öffentliche Ausschreibung folgende Rahmenbedingungen:

1. Es ist eine Aufweitung des parallelen Raumes zum Umlenkpunkt und eine Treppenanlage zur Gliederung des Platzes vorzusehen.
2. Der Korridor soll zur verbesserten Aufenthaltsqualität durch eine Treppenanlage, die unterbaut werden muss, mit belebter Nutzung zur Platzseite versehen werden.
3. Die geplante Bahnerweiterung ist zu berücksichtigen.
4. Es sind zwei Baufelder zu planen: Das östliche Baufeld mit mindestens einer öffentlichen Durchwegung, das westliche Baufeld mit mindestens zwei öffentlichen Durchwegungen.
5. Die Baufelder sind in Richtung Messe um ca. 5 m (Straßenbreite) zu verschieben.
6. Der Standort des Musicals wird nicht festgelegt.
7. Der gestalterische Mehraufwand für lagebedingt besondere Gebäude soll in die öffentliche Ausschreibung aufgenommen werden.
8. Zur Logistikzone ist eine harte Abgrenzung (Mauer und Baumpflanzungen) vorzunehmen.
9. Es sind einheitlich sieben Geschosse mit zwei Hochpunkten zu planen. Ein Hochpunkt ist das Umlenkgebäude parallel zum Rhein, der andere Hochpunkt soll am Auenweg liegen; hier ist ein Standort für den Hochpunkt mit Berücksichtigung der Achse zum zukünftigen DB-Bahnzug zu finden.
10. Die Bebauung an der Deutz-Mülheimer Straße ist in einer noch näher zu definierenden Gebäudetiefe (ca. ein Drittel des östlichen Baufeldes) zehngeschossig vorzusehen.
11. Eine Aufweitung der Logistikzone auf 35 m wird von der Messe gefordert, jedoch sind nochmals im Gespräch mit der Messe und der Verwaltung andere Möglichkeiten zu prüfen (Gespräch hat bislang nicht stattgefunden).
12. Die Blickbeziehung von der Deutz-Mülheimer Straße zum Messeturm soll erhalten bleiben.
13. Das geplante Gebäude entlang der Bahntrasse im Süden soll nicht Bestandteil der öffentlichen Ausschreibung werden.
14. Die Nutzungskennziffern für die Bruttogeschossfläche Nordseite mit 120 000 m² bis 135 000 m² und Südseite mit 15 000 m² bis 20 000 m² sind weiterhin Grundlage für Planung und Vermarktung.

Barrierefreiheit ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Raumordnungsverfahren zum Bau einer Pipeline zwischen den Werken Godorf und Wesseling der Shell Deutschland Oil GmbH
1271/2008**

Beigeordneter Streitberger erläutert die Vorlage und deren Entwicklung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens. Dabei erklärt er, dass die vorzeitige und vorbehaltliche Abgabe der Stellungnahme der Stadt Köln nicht unüblich sei. Weiterhin berichtet der Beigeordnete über geführte Gespräche mit der Shell Deutschland Oil GmbH und von Beratungen im Stadtvorstand, woraus schließlich die Befürwortung einer rechtsrheinischen Trasse resultiert sei. In diesem Sinne habe der Oberbürgermeister einen Brief an die Bezirksregierung Köln geschrieben. Die Bezirksregierung Köln habe den Beigeordneten zwischenzeitlich angerufen und mitgeteilt, dass sie sich zugunsten der rechtsrheinischen Trasse entscheiden werde.

Dennoch habe er, so Herr Streitberger, Wert darauf gelegt, entsprechend der Zuständigkeitsordnung den Stadtentwicklungsausschuss zu beteiligen. In dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren, welches sich sehr schnell an das Raumordnungsverfahren anschließt, werde die Stadt Köln eine eindeutige Stellungnahme abgeben müssen.

Vorsitzender Klipper erklärt zunächst, dass die CDU-Fraktion aufgrund der vorweggenommenen Entscheidung der Bezirksregierung Köln der Vorlage nicht zustimmen werde. Weiterhin, so Herr Klipper, vermisse er ein stärkeres Engagement des Wirtschaftsdezernenten in dieser Angelegenheit. Die politischen Vertreter seien bereits vor eineinhalb Jahren darüber informiert worden, dass es für die Sicherung des Shell-Standortes Wesseling unabänderlich sei, die beiden Produktionsstandorte in Godorf und Wesseling zusammenzuführen. Da es sich um einen der größten Shell-Standorte in Deutschland handle, sei es s. E. vordringlich gewesen, die Interessenslage des Wirtschaftsdezernenten in die Stellungnahme einfließen zu lassen. Überdies erklärt Herr Klipper, dass nach seiner Auffassung der Schutz des Menschen in eindeutiger Priorität vor dem Landschaftsschutz zu stehen habe. Insofern scheide für ihn die Führung einer Pipeline entlang eines Wohngebietes aus. Da sich die Firma Shell bereit erklärt habe, mit zwei Dükern durch den Rhein und somit in das Rechtsrheinische zu gehen, sei dies in der Abwägung der richtige Prozess.

RM Dr. Bürgermeister hält es für befremdlich, dass eine Information seitens der Stadtverwaltung über ein so wichtiges Vorhaben nicht vorzeitiger erfolgt sei. Ferner betont sie, dass es für die SPD-Fraktion wichtig sei, den Wirtschafts- und den Chemiestandort Köln zu stärken, da hiervon wichtige Arbeitsplätze betroffen seien. Insofern begrüße die SPD-Fraktion das Vorhaben im Grundsatz. Nach Ansicht ihrer Fraktion seien sowohl die wirtschaftliche Bedeutung, als auch die Menschen, die dort wohnen, sowie die Menschen, die dort arbeiten, und Umweltbelange angemessen zu berücksichtigen. Aus der komplexen Stellungnahme der Stadt Köln lasse sich nicht eine konkrete Haltung der Verwaltung entnehmen. Im Planfeststellungsverfahren seien die einzelnen Trassen genau zu prüfen und es sei darzustellen, warum Alternativen nicht möglich sind. Mit Verweis auf die Tischvorlage greift Frau Dr. Bürgermeister die Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz auf, wonach eine bestimmte Trasse nochmals geprüft werden sollte. RM Dr. Bürgermeister weist des Weiteren darauf hin, dass sie eine Prüfung der Baumethode für wichtig halte, mit dem Ziel, eine schonende Methode zu ermitteln.

RM Moritz stellt neben der Sicherung von Arbeitsplätzen und der wirtschaftlichen Besserstellung des Unternehmens die beabsichtigte schwefelarme Kraftstoffproduktion durch dieses Vorhaben heraus. Hierbei handle es sich um eine zukunftsfähige Technologie, welche einen Beitrag zum Klimaschutz leiste. Somit handle es sich sowohl aus ökologischer als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht um ein äußerst wichtiges Projekt. Die Pipelineführung sei dabei gegenüber logistischen Alternativen zu bevorzugen. Nach Abwägungen zwischen ökologischen, menschlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sei am Ende ein Kompromiss zu finden. Weiterhin bringt Frau Moritz deutlich ihr Unverständnis über das Verhalten der Bezirksregierung zum Ausdruck. Darüber hinaus greift RM Moritz eine von den Naturschutzverbänden vorgeschlagene Trasse auf; diese verlaufe linksrheinisch weit um besiedelte Gebiete in Wesseling herum. RM Moritz fordert, in einem geordneten Verfahren die Trassen vergleichbar zu untersuchen. Dies sei hier nicht der Fall, da die linksrheinisch zu untersuchenden Trassen durch besiedelte Teile Wesselings laufen. Frau Moritz beantragt, dass die Stellungnahme der Stadt Köln um den Vorschlag ergänzt wird, die von den Naturschutzverbänden favorisierte Variante zu untersuchen. RM Dr. Bürgermeister bittet in Ergänzung hierzu, ebenfalls die Anregung der Bezirksvertretung Porz in die Prüfung bzw. in die Stellungnahme mit aufzunehmen.

RM Sterck schließt sich den Ausführungen der Vorredner an und hebt die Sicherheit der beabsichtigten Pipelineführung gegenüber logistischen Alternativen hervor. Die Vorgehensweise der Bezirksregierung führe möglicherweise zu einer Angreifbarkeit des Verfahrens. Hierzu bittet er den Beigeordneten um Stellungnahme. Auf den Zeitablauf und die verfristete Ein-

bringung der Vorlage eingehend bittet Herr Sterck den Beigeordneten um Auskunft, wie lange die Angelegenheit bereits bei der Verwaltung liege.

RM Detjen empfindet das Verhalten des Regierungspräsidenten als unverschämt. Die Verwaltung bittet er um Auskunft, ob es zwischen den beiden Werken derzeit LKW-Verkehr gebe, der dann möglicherweise aufgrund der beabsichtigten Pipeline reduziert würde.

Beigeordneter Streitberger greift die Aussage von Vorsitzendem Klipper in Bezug auf den Wirtschaftsdezernenten auf und betont, dass das Verfahren im Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen laufe und der Wirtschaftsdezernent über ihn im Stadtvorstand Kenntnis über das Verfahren erlangt habe. Über den Oberbürgermeister sei der Wirtschaftsdezernent gebeten worden, Gespräche mit Shell zu führen, was dieser auch sofort getan habe. Es seien somit keinerlei Versäumnisse vorzuwerfen. Die Feststellung von RM Moritz, es handele sich nicht um ein geordnetes Verfahren, stelle einen Hinweis an die Bezirksregierung Köln dar, da diese das Verfahren führe. Die Anfrage von RM Sterck nach der Rechtmäßigkeit des erfolgten Verfahrens aufgreifend, bekundet der Beigeordnete seine Einschätzung, dass die bislang nur informell getätigte Aussage der Bezirksregierung nicht angreifbar sei. Die Entscheidung müsse formell noch verkündet werden. Das Verfahren sei routinemäßig etwa seit März dieses Jahres im Bauverwaltungsamt bearbeitet worden, so dass er zunächst keine Kenntnis davon hatte. Dort hätten sich ausschließlich die Interessen des Landschaftsschutzes durchgesetzt. Als er Kenntnis hiervon erlangt habe, habe ihn dies veranlasst, die Angelegenheit im Stadtvorstand vorzutragen. Hieraus seien Abstimmungsgespräche resultiert, wonach der Oberbürgermeister einen anders als die informelle Stellungnahme der Fachverwaltung lautenden Brief an die Bezirksregierung geschrieben habe.

Sachkundiger Einwohner Soénus teilt unter Bezugnahme auf die Anfrage von RM Detjen nach dem LKW-Verkehr mit, dass die Pipeline einer Produktionsausweitung und damit einer Sicherung des Standortes insgesamt diene. Zurzeit gebe es auch LKW-Verkehre, die in diesem Zusammenhang zahlenmäßig aber zu vernachlässigen seien.

RM Dr. Müser fragt mit Blick auf die Sürther Aue an, ob auch die Ausgleichmaßnahmen im Zusammenhang mit dem eventuellen Ausbau des Godorfer Hafens berücksichtigt wurden. Beigeordneter Streitberger informiert, dass diesbezüglich keine Abstimmung erfolgt sei, da es sich hierbei um ein Raumordnungs- und nicht um ein Planfeststellungsverfahren handele.

Vorsitzender Klipper lässt über die Vorlage mit den beantragten Ergänzungen abstimmen.

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt das Vorhaben der Shell Deutschland Oil GmbH als wichtigen Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und stimmt der als Anlage 2 beigefügten Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren für den Bau einer Pipeline zwischen den Werken Godorf und Wesseling der Shell Deutschland Oil GmbH zu. **Die Stellungnahme der Verwaltung ist zu ergänzen um den Vorschlag, dass die von den Naturschutzverbänden favorisierte Variante untersucht wird. Weiterhin ist die Anregung der Bezirksvertretung Porz in die Stellungnahme aufzunehmen.**

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit den weiteren betroffenen Gebietskörperschaften, der Genehmigungsbehörde und der Fa. Shell die optimale Trasse abzustimmen und eine zügige Realisierung des Projektes sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion zugestimmt.

5.3 Städtebauliche Vorgaben für den Verkauf des Grundstückes des ehemaligen Herz-Jesu-Stiftes Flittarder Hauptstr. 36 in Köln-Flittard 2502/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu TOP 5.3 - Städtebauliche Vorgaben für den Verkauf des Grundstückes des ehemaligen Herz-Jesu-Stiftes Flittarder Hauptstr. 36 in Köln-Flittard AN/1277/2008

RM Dr. Bürgermeister begründet den Antrag und erklärt dabei, dass seitens der SPD-Fraktion und der Bürger vor Ort auf dem Grundstück die Errichtung eines wirtschaftlich zu führenden Seniorenheimes gewünscht werde.

Sachkundiger Einwohner Baatz begrüßt im Namen der Seniorenvertretung die beabsichtigte Errichtung eines Seniorenwohnheimes.

Beigeordneter Streitberger geht auf den Zusatzantrag ein und führt aus, dass nicht die Stadt Köln das Heim, in welchem etwa 60 Plätze untergebracht werden können, betreiben werde. Es müsse hier ein engagierter Anbieter gefunden werden, da die übliche Größenordnung an Heimplätzen größer sei.

RM Moritz erinnert daran, dass das geplante Altenheim zunächst für eine andere Stelle gewünscht worden sei. Nunmehr habe sich herausgestellt, das Heim an dieser Stelle unterzubringen, allerdings mit der geringen Platzanzahl. Sie bittet um Auskunft, was städtebaulich noch vertretbar wäre. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass dies bereits geprüft worden sei und eine größere Anzahl allerdings nicht möglich sei. RM Moritz fragt nach, ob ggf. anstelle eines Satteldaches ein Staffelgeschoss denkbar wäre, so dass mehr Quadratmeter erzielt werden könnten.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die ergänzte Vorlage mit dieser Frage in die Bezirksvertretung Mülheim zu geben.

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die **wie folgt geänderte Vorlage** mit den Anmerkungen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Der Stadtentwicklungsausschuss **nimmt** das Ergebnis der städtebaulichen Voruntersuchung für die Ausschreibung des Grundstückes des ehemaligen Herz-Jesu-Stiftes an der Flittarder Hauptstraße 37 in Köln-Flittard **zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung sicherzustellen, dass im Rahmen der für die Ausschreibung vorgesehenen Dichte und Geschosigkeit die Einrichtung eines Altenpflegeheimes wirtschaftlich möglich ist.**

Das städtebauliche Ergebnis der Ausschreibung ist dem Ausschuss und der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Städtebauliches Planungskonzept Arbeitstitel: 1. Änderung Trierer Straße in Köln-Neustadt/Süd Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes vertagter TOP 9.2 aus der Sitzung vom 08.05.2008 1894/2008

RM Klipper übergibt den Sitzungsvorsitz an RM Dr. Bürgermeister.

RM Moritz erklärt, dass diese neue Planung mit Überbauung der Trasse durch ein Wohngebäude seitens ihrer Fraktion aus städtebaulicher Sicht als nicht erstrebenswert erachtet werde.

Sachkundiger Einwohner Beste pflichtet dem bei und führt aus, dass die Änderung des Bebauungsplanes vor dem Hintergrund, dass ein Parkhaus nicht mehr für notwendig erachtet werde, seitens seiner Fraktion grundsätzlich begrüßt werde. Allerdings sei die von der Verwaltung avisierte Stadteingangssituation an dieser Stelle mit einer zweigeschossigen Brücke für ihn nicht akzeptabel.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont im Namen der SPD-Fraktion, dass es sich hierbei um eine Baumaßnahme im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der städtischen Kinderheime handelt. Im Grundsatz wolle ihre Fraktion die Verwaltung dahingehend unterstützen, gute und bezahlbare Alternativen zu finden. Die Überbauung der Straße halte ihre Fraktion allerdings für fragwürdig bzw. verzichtbar.

RM Sterck fragt unter Bezugnahme auf die Darstellung in Anlage 6 an, ob die Mittelstütze des Gebäudes unter Berücksichtigung der in Zukunft liegenden neuen Luxemburger Straße durchdacht worden sei.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Frau Müller, klärt auf, dass dies mit dem Ergebnis geprüft worden sei, dass die Trassenbreite des Straßenquerschnittes möglich sei, sowohl links als auch rechts. Des Weiteren macht Frau Müller darauf aufmerksam, dass es sich um eine viergeschossige Überbauung mit einem zweigeschossigen Luftgeschoss handele.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass der Bebauungsplan die Trasse freihalte und dies nicht geändert werden solle. Deshalb bleibe es bei der bestehenden Breite. Im Übrigen handele es sich bei der geplanten Überbauung keinesfalls um eine Brücke, sondern um ein viergeschossiges Gebäude. Bei der geplanten Überbauung handele es sich aus Sicht der Verwaltung um eine sehr kommode, schnelle und kostengünstige Lösung für die Kinderheime.

Die Leiterin der städtischen Kinderheime, Frau Selter, macht auf das Erfordernis, dringend ein Grundstück zu finden, aufmerksam. Zunächst sei ein Grundstück in der Stolzestraße ausfindig gemacht worden, welches inzwischen allerdings durch das Sozialamt für Obdachlosenappartements in Anspruch genommen worden sei. Weitere Grundstücke seien zwar angeboten worden, diese seien jedoch aufgrund ihrer Lage nicht geeignet gewesen. Das einzige Grundstück, welches auch aufgrund seiner zentralen Lage infrage käme, wäre das Grundstück Trierer Straße. Hierbei habe sie jedoch ein schlechtes Gefühl, da es sowohl immissions- als auch emissionsmäßig nicht besonders gut geeignet erscheine, weil dort neben Verwaltung auch drei bis vier Kindergruppen untergebracht werden sollen. Ihr sei mitgeteilt worden, dass die Überbauung aufgrund des lärmtechnischen Schutzes wichtig sei. Beigeordneter Streitberger entgegnet, dass dies nicht zutreffend sei. Im rückwärtigen Bereich hingegen sei es nicht laut, wenn der Block seitlich geschlossen werde. Wenn es den Kinderheimen flächenmäßig reiche, sei auch eine „kleine Lösung“ denkbar. Dies sei zu prüfen, so Frau Selter.

Auf Nachfrage von Sachkundigem Einwohner Beste klärt Beigeordneter Streitberger auf, dass die Unterbringung der Kinder im rückwärtigen Blockinnenbereich und der Verwaltung, d. h. Bürogeschosse, in der Überbauung vorgesehen sei. Herr Beste zweifelt an, dass es keinen anderen, alternativen Standort in Köln gebe. Dies sei nochmals zu prüfen. Die zur Rede stehende Planung sei jedenfalls aus gestalterischen bzw. ästhetischen Gründen nicht vertretbar und sei deshalb abzulehnen.

RM Moritz verweist in Bezug auf die erforderlichen Büroflächen auf eine große Anzahl freier Flächen im Umkreis von 500 Metern. Zudem hält Frau Moritz die Dimensionierung der geplanten Bebauung für nicht vereinbar mit der Bebauung in der Moselstraße.

Beigeordneter Streitberger erachtet den derzeitigen Zustand an der Örtlichkeit für nicht angemessen. Bei dem vorgeschlagenen Weg handele es sich somit um ein Stück Stadtrepatur, die zwar nicht perfekt, jedoch weit besser als der Status Quo sei.

Frau Selter führt aus, dass in dem neuen Verwaltungssitz die Verwaltung, das pädagogische Vorgesetztenpersonal und drei Kinderaufnahmegruppen untergebracht werden sollen. Die Bereiche sollten räumlich nicht voneinander getrennt werden. Hierfür sei eine Fläche von 3.000 bis 4.000 qm Nutzfläche im Innenstadtbereich erforderlich.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fasst zusammen, dass auf der einen Seite eine Lösung für Kinderheimersatzstandorte und auf der anderen Seite eine städtebauliche Lösung an dieser Stelle gefunden werden müsse.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass eine Empfehlung dahingehend ratsam sei, das Grundstück auszuschreiben bzw. an den Markt zu bringen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt dem zu und schlägt überdies vor, das Vorhaben im Grundsatz zur Kenntnis zu nehmen, die Überbauung jedoch abzulehnen und die Verwaltung weiterhin bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu unterstützen.

Auf Nachfrage von RM Klipper teilt Frau Selter mit, dass die Modalitäten, ob für das Grundstück Mittel an den Liegenschaftsetat gezahlt werden müssen, noch nicht abschließend geklärt seien. Sie erklärt weiterhin, dass aus dem Grundstückserlös „Sülgürtel 47“ (Kinderheime, vgl. Vorlage unter TOP 25.1) der Neubau finanziert werden soll.

RM Dr. Müser bittet um Auskunft, ob auch Standorte außerhalb des Ringes der Inneren Kanalstraße z. B. bis hin zum Gürtel infrage kämen bzw. geprüft worden seien. Frau Selter verweist auf eine am 04.12.2007 im Ratssaal durchgeführte Informationsveranstaltung zur

Veränderung bei den Kinderheimen. Hierbei sei erörtert worden, dass eine zentrale Lage notwendig ist.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fasst die Diskussionsergebnisse zusammen und lässt über den so geänderten Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss unterstützt das vorgeschlagene Bebauungsvorhaben der Verwaltung, allerdings ohne Überbauung der Straße und unterstützt die Kinderheime bei der Standortfindung im zentralen Innenstadtbereich. Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Liegenschaftsausschuss, sofern es nicht für die Kinderheime passend sein sollte, das Grundstück an den Markt zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

RM Dr. Bürgermeister übergibt den Sitzungsvorsitz an RM Klipper.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Baugesetzbuch)

Arbeitstitel: Erzbischöfliches Berufskolleg Köln Am Krieler Dom in Köln-Lindenthal

**vertagter TOP 10.1 aus der Sitzung vom 08.05.08
5285/2007**

Die Vorlage wird vertagt.

10.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 60533/02

**Arbeitstitel: Damianstraße in Köln-Esch/Auweiler
0781/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 60533/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Damianstraße zwischen den Baugrundstücken Griesberger Straße 13 und Damianstraße 22 in Köln-Esch/Auweiler —Arbeitstitel: Damianstraße in Köln-Esch/Auweiler— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 64452/02
Arbeitstitel: Woensamstraße in Köln-Lindenthal
1042/2008

Nach kurzem Austausch wird die Vorlage in die Sondersitzung am 24.06.08 mit dem Hinweis an die Verwaltung vertagt, zu dieser Sitzung einen direkten Vergleich zwischen der ursprünglichen (Stand Einleitungsbeschluss) und der aktuellen Planung (Stand Offenlage) vorzulegen.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg
1208/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet südwestlich des Grundstücks Schaaffhausenstraße Hausnr. 2 mit einer Länge von ca. 83 m in südwestlicher Richtung bis zum öffentlichen Parkplatz und einer mittleren Tiefe von ca. 25 m zwischen Schaaffhausenstraße und der südöstlich gelegenen Kleingartenanlage in Köln-Seeberg —Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung in Form eines III-geschossigen Mehrfamilienhauses mit Staffelgeschoss und elf II-geschossige Reihenhäuser mit Staffelgeschoss auf einer heute nicht mehr genutzten Tiefgarage festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Thujaweg in Köln-Volkhoven/Weiler
1718/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67423/02
Arbeitstitel: Alteburger Straße in Köln-Bayenthal
2020/2008

Vorsitzender Klipper bittet um Auskunft, ob die Anregungen des Gestaltungsbeirates berücksichtigt worden seien.

Herr von Wolff bestätigt dies und weist darauf hin, dass die wesentliche Änderung den in den ursprünglichen Planungen abgewinkelten Baukörper mit einem freigestellten Baukörper vorne an der Schönhauser Straße betreffe, was nunmehr zu einer einheitlichen Straßenrandbebauung zusammengezogen worden sei. Auch die Frage des Grüns sei entsprechend übernommen worden. Die Interessenslagen seien somit ausgeglichen.

Sachkundiger Einwohner Soénius weist darauf hin, dass die Firma Bolder in der Koblenzer Straße entsprechende Erweiterungspläne habe. Ihm sei nicht bekannt, ob die Verhandlungen mit der Firma Bolder so weit fortgeschritten seien, dass die Planungen entsprechend berücksichtigt werden. Die Firma Bolder habe ein Lärmschutzgutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis in Bezug auf die geplante Erweiterung sollte in die hiesige Planung auch einfließen bzw. in die Unterlagen für die nächste Sitzung mit aufgenommen werden.

Herr von Wolff beschreibt den engen Kontakt zwischen der Firma Bolder und dem Projektentwickler für die Domgärten. Nach dem jetzigen Planungsstand sei kein Konflikt erkennbar.

RM Sterck merkt an, dass nach seiner Auffassung die Bauflucht des Blocks Koblenzer Straße/ Schönhauser Straße nach vorne verlegt wurde und bittet darum, dies zu korrigieren.

RM Dr. Müser fragt unter Bezugnahme auf die Einmündung der Alteburger Straße in die Schönhauser Straße an, was aus der ursprünglichen Überlegung, den östlichen Straßenzweig in einen Platz aufgehen zu lassen, geworden sei. Herr von Wolff weist darauf hin, dass es sich bei dieser Anregung nicht um einen Gegenstand der Bauleitplanung, sondern um eine Frage der künftigen Gestaltung des Straßenlandes handele.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit den Anmerkungen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61520/02 Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch 1175/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61520/02 für das Gebiet zwischen Escher Straße, Donatusstraße, Im Gewerbegebiet Pesch, Donatusstraße und nördlicher Grenze der Wohnbebauung Am Pescher Holz in Köln-Pesch —Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 61520/02 nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan Nr. 61520/02 nach § 10 Abs. 1 BauGB in Anwendung des Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 73486/02
Arbeitstitel: Kaspar-Düppes-Straße in Köln-Holweide
1852/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 73486/02 für das Gebiet im Hinterland zwischen Kaspar-Düppes-Straße, Schweinheimer Straße, Iddelsfelder Straße, Auf dem Pützacker und Stadtbahntrasse (ca. 7 700 m²) in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kaspar-Düppes-Straße in Köln-Holweide — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan Nr. 73486/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Änderungsbeschluss zur Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6150/02
Arbeitstitel: Gewerbegebietserweiterung westlich Butzweilerhof in Köln-Ossendorf
0220/2008

Mit Verweis auf die Diskussion aus der letzten Sitzung zu Gewerbeflächen in der betreffenden Gegend (vgl. Vorlage Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf) sollte auch diese Vorlage vertagt werden, da eine Diskussion über die Gewerbegebiete im Zusammenhang zu diskutieren sei.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass es sich um zwei unterschiedliche Bebauungspläne handele.

Nach kurzem Austausch wird festgelegt, die Vorlage in die erste Sitzung nach der Sommerpause zu vertagen.

13.2 Beschluss über die Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59440/04 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: 2. Änderung westlich Kronstädter Straße in Köln-Weiden
0958/2008

Die Vorlage unter TOP 13.2 wird aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 17.6 beraten.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zu TOP 17.6 zur Kenntnis.

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung unter TOP 17.6 stellt RM Moritz fest, dass eine Unterrichtung durch die Verwaltung über den Beschluss aus 2005 und den erfolgten Verkaufsbeschluss des Rates unterblieben sei und dies sei ärgerlich. Zudem sei fraglich, inwieweit Entschädigungsleistungen durch den Verkaufsbeschluss des Rates anfallen. Es sei ihr ein großes Anliegen, einen städtebaulich vernünftigen Abschluss für die Bebauung am landschaftlichen Rand des Bereiches zu finden; das Investorenvorhaben stünde dem allerdings entgegen. Ein weiteres großes Anliegen sei ihr, dass hier Baugruppenprojekte zum Zuge kommen. Da es sich nicht um einen städtebaulich besonders herausragenden Ort in Köln handele, wolle sie allerdings auch nicht, dass die Stadt Köln eine hohe Schadensersatzleistung erfüllen muss. Diese Frage müsse zunächst geklärt werden. Sie bittet die Planungsverwaltung um entsprechende Einschätzung.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass er in Bezug auf die Entschädigungsleistungen keine Zweifel an der Richtigkeit der unter TOP 17.6 dargelegten Einschätzung habe. Zudem macht der Beigeordnete darauf aufmerksam, dass in dieser Vorlage explizit auf den Beschluss des Rates zum Verkauf des Grundstücks aufmerksam gemacht worden sei. Überdies sei Anfang des Jahres eine Mitteilung erfolgt, die den Sachverhalt dargestellt habe. Diese sei dem Ausschuss bekannt gemacht, allerdings formell zurückgezogen und durch diese Vorlage ersetzt worden.

RM Moritz verdeutlicht, dass es einen entscheidenden Unterschied mache, ob auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplanes verkauft wurde, oder auf Grundlage des Planes, der hier zur Abstimmung stehe.

Mit Verweis auf den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal erklärt RM Sterck, dass er sich deren Bedenken anschließe und die Vorlage ablehnen werde.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59440/04 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet einer ca. 57 m tiefen Fläche westlich der Kronstädter Straße gegenüber dem Wohnblock Kronstädter Str. 147 - 169 und südlich der Wohngebäude Leibziger Str. 16 - 16 b in Köln-Weiden —Arbeitstitel: 2. Änderung westlich Kronstädter Straße in Köln-Weiden— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB zu ändern und mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **abgelehnt**.

Anmerkung:

RM Moritz hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen; hier: Prüfauftrag der Bezirksvertretung Chorweiler vom 07.04.2008, TOP 8.3.12, für eine zweireihige Bebauung oder eine gewerbliche Bebauung für einen Vollversorger auf dem Grundstück des ehemaligen Hallenbades in Köln-Worringen 1824/2008

Vorsitzender Klipper hält einen Vollversorger an dieser Stelle für nicht passend. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss bestätigt das Prüfergebnis der Verwaltung, dass das Grundstück des ehem. Hallenbades an der St.-Tönnis-Straße in Köln-Worringen aufgrund der entgegenstehenden Ziele des Nahversorgungskonzeptes (kein integrierter Standort) für die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers nicht geeignet ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**16.2 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen
hier: Antrag der Bezirksvertretung Lindenthal auf Einleitung eines Mediationsverfahrens für das ehemalige RTL-Gelände in Köln-Junkersdorf
2077/2008**

Die Fraktionen sprechen sich gegen ein Mediationsverfahren an dieser Stelle aus.

Vorsitzender Klipper stellt die Alternative zum Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss (Alternative):

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, entgegen dem Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal für den Bereich des RTL-Geländes in Köln-Junkersdorf (Aachener Straße 1034 - 1046) **kein** Mediationsverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Jung hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**16.3 Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Neusser Straße/Friedrich-Karl-Straße/Siegmundstraße und Bergstraße in Köln-Nippes;
Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 17.04.2008, TOP 8.2.4
2203/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss bestätigt seinen bestehenden Beschluss vom 10.11.2005.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

**17.1 "Cosmos Cologne" in Köln-Porz-Lind
Projektentwicklung auf der Bundeswehrliegenschaft "Lager Lind"
1918/2008**

Auf Nachfrage von RM Dr. Bürgermeister informiert der Beigeordnete dass ein weiteres Treffen mit DLR anberaumt sei, anlässlich dessen über die Möglichkeiten in Erweiterung des Areals gesprochen werden soll.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.2 Gewerbeflächenbereitstellungskonzept
1874/2008**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.3 Tätigkeitsbericht 2007
 2252/2008**

Die Mitteilung wird in die nächste ordentliche Sitzung vertagt.

**17.4 Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Köln - Chorweiler - S-
 Bahnhof Chorweiler Nord
 2191/2008**

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass die Verwaltung versuchen werde, aufgrund der gestiegenen Kosten auf eine Erhöhung der Fördersumme hinzuwirken.

RM Jung bittet darum, diese Mitteilung auch für die nächste Sitzung des Ausschusses Bauen und Wohnen vorzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.5 Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora
 hier: Gestaltung der Haltestelle
 2407/2008**

RM Thelen hält zwar die vorliegende Planung für eine Verbesserung gegenüber der derzeitigen Situation, weist jedoch darauf hin, dass seine Fraktion grundsätzlich mit solch großen Bauwerken, welche zum Überqueren von Straßen bzw. Bahnsteigen dienen, unzufrieden sei. Eine ebenerdige Überquerungsmöglichkeit halte er an dieser Stelle für ausreichend.

RM Sterck macht in diesem Zusammenhang auf den seinerzeitigen Änderungsantrag der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss aufmerksam, auf den Bau einer neuen Fußgängerbrücke lediglich über die Bahnrampe zu verzichten, welcher mit den Stimmen der SPD und auch der Grünen abgelehnt worden sei. Rein architektonisch halte er die Lösung jedoch für angemessen.

Beigeordneter Streitberger beschreibt die Vorteile der dargestellten Lösung und bittet den Ausschuss um entsprechende Unterstützung.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.6 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59440/04 'westlich Kronstädter Stra-
 ße in Köln - Weiden'
 2448/2008**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in Sachzusammenhang mit TOP 13.2 beraten.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Höninger Platz

RM Dr. Müser erinnert an die Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Sitzung.

Beigeordneter Streitberger informiert, dass die Ausschreibung in der zweiten Jahreshälfte erfolge und dass Ende des Jahres bzw. Anfang des nächsten Jahres mit den Bauarbeiten begonnen werde.

18.2 Städtisches Erscheinungsbild am Militärring/Oberländer Ufer

Vorsitzender Klipper bemängelt die von Grün überwucherten Gleise der KVB an der Einfahrt in die Stadt vom Militärring aus kommend. Er bittet um Auskunft, wer für die Pflege an diesem Entree in die Stadt zuständig ist, und warum die Pflege offensichtlich nicht vorgenommen wird. Überdies führt Herr Klipper die Unterstände für Fahrräder etc. an, welche nicht gereinigt werden. Insbesondere betroffen seien die Fahrradunterstände am Park & Ride Platz Rodenkirchen und an der Bismarcksäule.

Beigeordneter Streitberger sagt zu, bezüglich der zu veranlassenden Reinigung die HGK anzuschreiben.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Karl Jürgen Klipper
Vorsitzender

gez. Dr. Eva Bürgermeister
stv. Vorsitzende

gez. Simone Weber
Schriftführerin